

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Mitglied im Rat der Stadt Buxtehude-
Fraktionsvorsitzender
Michael Lemke – Westfleth 59
21614 Buxtehude

Hansestadt Buxtehude
Bürgermeisterin
Katja Oldenburg-Schmidt
Bahnhofstrasse 7

21614 Buxtehude

Buxtehude, den 12.03.2019

Antrag: Pestizidfreie Kommune / BUND Liste

Sehr geehrte Frau Oldenburg Schmidt,

hiermit beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass der Rat der Hansestadt Buxtehude beschließen möge, dass die Stadt Buxtehude der Initiative des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) Pestizidfreie Kommune / BUND Liste / beitreten möchte.

Bereits schon heute wird in Buxtehude darauf geachtet, dass keine Pestizide/ Gyphosat auf kommunalen Grün- und Freiflächen, sowie auf landwirtschaftlichen Pachtflächen, die verlängert/neu verpachtet werden, eingesetzt wird. So wird lediglich bei der Bekämpfung von *Riesenbärenklau* auf Herbizide zurückgegriffen. Sobald eine wirksame Alternativlösung gefunden wurde, wird auch dieses Einsatzgebiet entfallen.

Begründung

In Städten und Gemeinden werden Pestizide eingesetzt, um Wege in Parks, Sport- und Spielplätze, Grünanlagen oder Straßenränder frei von unerwünschten Kräutern und Gräsern zu halten oder um gegen ungeliebte Insekten vorzugehen. Viele der Mittel stehen im Verdacht, Krebs zu erregen, die Fortpflanzung zu schädigen oder eine hormonelle Wirkung zu haben. Auf öffentlichen Flächen wie beispielsweise Sport- und Spielplätzen können die Wirkstoffe in direkten Kontakt mit den Bürger*innen kommen. Insbesondere für Kinder und Schwangere ist das eine Gefahr. Auch Haustiere wie Hunde und Katzen sind den Stoffen schutzlos ausgeliefert.

Für viele Tier- und Pflanzenarten im städtischen Raum sind Pestizide ein Verhängnis. Denn nicht nur die unerwünschten Wildkräuter und Insekten werden beseitigt, sondern auch Honigbienen, Wildbienen, Schmetterlinge und Fledermäuse. Entweder töten und schädigen Pestizide Insekten oder Wildkräuter direkt oder sie dezimieren ihren Lebensraum und ihre Nahrung. Von den fast 600 Wildbienen-Arten in Deutschland steht rund die Hälfte auf der Roten Liste. Dabei sind blütenbesuchende Insekten unentbehrlich für die Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen. Sie erhalten die Pflanzenvielfalt und sichern landwirtschaftliche Erträge und damit unsere Ernährung. Laut Welternährungsorganisation sind weltweit rund zwei Drittel unserer Nahrungspflanzen auf Bestäuber angewiesen. In Städten und Gemeinden sichern Honigbienen, Wildbienen und Schmetterlinge den Kleingärtnern eine gute Obsternte und den Stadt-Imkern reichlich Honig.

Weltweit und auch in Deutschland erleben wir einen zunehmenden Verlust der Artenvielfalt. Grund dafür ist vor allem die intensive Landwirtschaft. Dort dominieren meist Monokulturen, die intensiv mit Pestiziden gespritzt werden. Hecken oder Blühflächen, als Rückzugsgebiete und Nahrung für viele Insekten, Vögel und Säugetiere fehlen oft komplett. Über 40.000 Tonnen Pestizide belasten jährlich in Deutschland die Umwelt, Tendenz steigend. Das Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie, den Verlust von Arten zu stoppen, kann mit dem aktuellen Pestizideinsatz nicht erreicht werden.

Siedlungsgebiete sind oft letzte Rückzugsorte für bedrohte Arten, die in der Agrarlandschaft keinen Lebensraum mehr finden. Kommunen können hier Verantwortung und eine Vorreiterrolle für den Artenschutz übernehmen, indem sie bei der Flächenpflege keine Pestizide einsetzen. Auch für die menschliche Gesundheit, die Lebensqualität und den Tourismus ist der Pestizidverzicht ein Gewinn. Bundesweit über 460 Städte und Gemeinden sind bereits ganz oder teilweise pestizidfrei, einige von ihnen sogar schon seit über 20 Jahren. Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig. So werden Flächen mit mehrjährigen Stauden bepflanzt, die Insekten ein ganzjähriges Blütenangebot und damit Nahrung und Lebensraum schaffen. Frühzeitiges Reinigen von Verkehrsflächen und planerische Weitsicht bei der Bebauung sind wichtige Elemente, um einen zu starken Bewuchs zu verhindern. Alternativen zur Chemiekeule sind vielfältige mechanische und thermische Verfahren. Besonders wichtig ist dabei immer die Kommunikation mit den Bürger*innen, um die notwendige Akzeptanz zu schaffen.

Bisher haben sich 460 Städte und Gemeinden entschieden, ihre Grünflächen ohne Pestizide oder mindestens ohne Glyphosat zu bewirtschaften.

Nachfolgend haben wir auszugsweise die Erklärungen und die Ausnahmeregelungen aufgelistet.

Lüneburg setzt auf städtischen Flächen schon seit Jahren keine chemisch-synth. Pestizide ein, einzige Ausnahme: gegen den Eichenprozessionsspinner. Mit Beschluss v. März 2018 wird in neuen Pachtverträgen Glyphosat + Neonikotinoide verboten.

In **Albstadt** werden keine Pestizide eingesetzt, es erfolgt mechanische Pflege. **Einzige Ausnahme: punktueller Einsatz von Herbiziden bei Riesenbärenklau**, jedoch in Rücksprache mit dem Naturschutz

Bremerhaven setzt seit 2012 kein Glyphosat bei der Pflege ein. Pestizide finden nur in Ausnahmen (gegen Blattläuse und Pilzkrankungen) Anwendung. Alternative Maßnahmen: Abflämmen mit Heißluft, Wildkrautbürsten

Hamburg erließ im Januar 2016 ein „Glyphosat-Moratorium“ für Nichtkulturland (Straßen, Wege, Plätze) die in direktem Kontakt mit der Allgemeinheit stehen. Auf Schulflächen wird seit 2016 vollständig ohne Glyphosat gearbeitet.

Worpswede verzichtet mit Beschluss vom September 2018 auf Glyphosat auf kommunalen Grün- und Freiflächen sowie auf landwirtschaftlichen Pachtflächen, die verlängert/neu verpachtet werden. Bauhöfe setzten schon seit Jahren keine Herbizide ein.

Tübingen ist Pestizidfreie Stadt mit Ausnahme einiger Sportplätze

Mit Beschluss vom Juni 2018 möchte **Stuttgart** bis 2022 glyphosatraie Stadt werden. In Parks, Grünanlagen und Friedhöfen wird seit 2016 kein Glyphosat eingesetzt. Das städtische Weingut wird 2019 glyphosatraie sein, Pachtverträge spätestens 2022.

Schwerin wird mit Beschluss vom März 2018 pestizidfrei. Ab Ende des Jahres sollen keine chemisch-synthetische Pestizide angewandt werden. Dies soll auch für Pachtflächen gelten. Auf Glyphosat auf städtischen Flächen verzichtet Schwerin schon einige Zeit.

In **Rostock** werden keine Pestizide mehr auf öffentlichen Grünflächen verwendet. Glyphosat ist auf allen kommunalen Flächen (Wald, Acker, Wiese) untersagt. Wälder sind FSC zertifiziert und somit pestizidfrei. Bei Pachtflächen wird Glyphosatverzicht ergänzt.

Weitere Erläuterungen erfolgen im Ausschuß

Dieser Antrag entspricht den Nachhaltigkeitszielen 11.6 und 15.5 /15.9 der UNO

11.6 Bis 2030 die von den Städten ausgehende Umweltbelastung pro Kopf senken, unter anderem mit besonderer Aufmerksamkeit auf der Luftqualität.

15.5 Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern, dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern.

15.9 Bis 2020 Ökosystem- und Biodiversitätswerte in die nationalen und lokalen Planungen, Entwicklungsprozesse einbeziehen



Mit freundlichen Grüßen

Bündnis 90 / Die Grünen
Ratsfraktion
Michael Lemke